



Sozialdemokratische Partei
Stadt Schaffhausen

Grosser Stadtrat

21. Juni 2016

Nr. 7

Christoph Schlatter
Grossstadtrat
Sommerhalde 2a
8200 Schaffhausen

An den Präsidenten
des Grossen Stadtrates Schaffhausen
Herr Martin Egger
Stadthaus
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 21. Juni 2016

Postulat: Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende mit Ausweis N

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Unterzeichnenden ersuchen Sie höflich, das nachstehende Postulat auf die Traktandenliste des Grossen Stadtrates zu setzen:

Wir werden täglich in den Nachrichten mit den erschütternden Bildern von Menschen konfrontiert, welche sich auf der Flucht befinden. Weltweit gibt es ca. 244 Millionen Flüchtlinge - 60 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Davon haben 2015 über 30'000 Menschen den Weg in die Schweiz gefunden. Vom Bund werden diese Menschen den Kantonen zugewiesen, welche wiederum die Gemeinden mit deren Betreuung beauftragen.

Die Schweiz hat durch die mehrfache Verschärfung des Asylrechts das vormals bestehende Recht auf Arbeit für asylsuchende Menschen massiv eingeschränkt. Dies gilt insbesondere für Menschen mit dem **Ausweis N**. **Dabei handelt es sich um Menschen, welche für die** Dauer des Asylverfahrens in der Schweiz diesen Ausweis erhalten.

In Anbetracht der aktuellen Krisenherde ist davon auszugehen, dass vermehrt Flüchtlinge nach Schaffhausen kommen werden. Unsere Stadt sollte diesem Umstand vermehrt Rechnung tragen und sich entsprechend vorbereiten. Da viele der betroffenen Menschen über einen längeren Zeitraum bei uns bleiben werden, sollten sie so rasch als möglich integriert werden. Neben Sprachkursen stellen Beschäftigungsangebote eine nicht zu unterschätzende Integrationsmassnahme dar. Im Kanton Schaffhausen besteht bereits die Möglichkeit, dass Menschen mit dem Ausweis N in der Gastronomie sowie der Landwirtschaft einer Beschäftigung nachgehen dürfen. Wenn wir davon ausgehen, dass zukünftig mehr Asylsuchende nach Schaffhausen kommen werden, sollten wir entsprechend vorbereitet sein und zusätzliche Beschäftigungsangebote in weiteren Arbeitsfeldern zur Verfügung stellen. Die Stadt Uster hat diesbezüglich einen pragmatischen Lösungsansatz gefunden, welcher von den politischen Parteien sowie dem lokalen Gewerbe getragen wird, ohne dadurch die Beschäftigungsprogramme für Stellensuchende zu konkurrenzieren.

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, sich im Rahmen seiner exekutiven Möglichkeiten für eine zweckführende Integration von Asylsuchenden mit Ausweis N einzusetzen:

- **Der Stadtrat setzt sich für zusätzliche Beschäftigungsangebote für Flüchtlinge mit Ausweis N ein.**
- **Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass die Flüchtlinge mit Ausweis N, möglichst rasch an einem Beschäftigungsangebot teilnehmen dürfen.**

Besten Dank und freundliche Grüsse, die Postulantinnen und Postulanten

Ch. Lehner
U. V.
J. Baum
M. Zühner
J. Janisch
Alber
Zepfwill
M. Klaus
A. F. S.
M. S. J.